

AUS DEM KANTONS RAT

## Lob und Tadel für Universität und Fachhochschule

Trotz einiger Kritik seitens der SVP hat der Kantonsrat am Montag die Jahresberichte der Universität Zürich (UZH) und der Zürcher Fachhochschule (ZFH) genehmigt.



**René Truninger**  
Kantonsrat SVP  
Illnau-Effretikon

Die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG), welcher ich als Präsident vorstehe, hat den Auftrag, die Oberaufsicht über die Universität Zürich und die Zürcher Fachhochschule auszuüben, die Geschäftsberichte, die Rechnung und die Verwendung des Gewinns zu prüfen und dem Kantonsrat Antrag zu stellen. Die ABG verfolgte während des Jahres die Tätigkeiten der UZH und der ZFH intensiv und wir haben uns zu verschiedensten Geschäften ausführlich informieren lassen.

### Universität Zürich (UZH)

Im Herbstsemester 2017 waren 25 672 Personen an der UZH eingeschrieben. Die Anzahl der Studierenden bewegt sich stabil auf hohem Niveau, wobei die «MINT»-Fächer sowie Medizin und Biomedizin ein starkes Wachstum zeigen. Im Berichtsjahr erreichte die UZH mit einem konsolidierten Gesamtumsatz von 1,38 Milliarden Franken einen Gewinn von 5,89 Millionen Franken, wodurch das Eigenkapital inkl. Legaten und Stiftungen auf 150,46 Millionen Franken gestiegen ist.

Positiv zu erwähnen sind die Spin-off-Unternehmen. An der UZH werden laufend neue Entdeckungen gemacht

und neue Technologien entwickelt. Daraus können kommerziell nutzbare und im besten Fall erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen entstehen. Forschungsergebnisse, die an der UZH erzielt wurden, gehören der UZH und müssen von einem Spin-off-Unternehmen lizenziert werden. Bis heute wurden mehr als 100 Spin-off-Unternehmen gegründet und die UZH verfügt über 300 aktive Patente.

Insgesamt begünstigt das Lizenzierungsmodell mit Beteiligungen die Gründung und erfolgreiche Entwicklung von Spin-off-Unternehmen, was für den Standort Zürich von grosser Bedeutung ist. Rund drei Viertel aller Spin-off-Unternehmen der UZH siedeln sich im Kanton Zürich an, womit sie hier neue Arbeitsplätze schaffen und zur regionalen Wertschöpfung beitragen.

Seitens der SVP wurde kritisiert, dass sich die Universitätsleitung neuerdings in den politischen Prozess einmischt, indem sie ausdrücklich «Bedenken» über die Selbstbestimmungsinitiative der SVP äussert. «Einem Institut, das seine Kosten zu rund 90 Prozent aus Steuermitteln deckt, steht es schlecht an, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu beeinflussen und vorzugeben, wie diese entscheiden sollen.» Ausserdem wurde kritisiert, dass die Universitätsleitung das universitäre Wirken wieder vermehrt auf die Bereiche Forschung und Lehre, anstatt auf fehlgeleitete, linksintellektuelle «Mitmenschliche Solidarität» leiten soll. Auf ein-

stimmigen Antrag der ABG wurde der Jahresbericht 2017 der Universität Zürich vom Kantonsrat mit 166 Stimmen genehmigt.

### Zürcher Fachhochschule (ZFH)

Die ABG übt ebenfalls die Oberaufsicht über die Zürcher Fachhochschule aus, bestehend aus der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH). Die ZFH hat im Berichtsjahr erfolgreich gearbeitet und es konnten wiederum mehr Studierende angezogen werden. Die Absolventinnen und Absolventen der ZFH sind begehrte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie deren Befragung in den Jahren nach dem Studienabschluss zeigt.

Der Regierungsrat hat im Dezember 2017 beschlossen, auf eine Eigentümerstrategie für die Zürcher Hochschulen zu verzichten. Die ABG bedauert dies, denn nach unserer Auffassung würde eine Eigentümerstrategie helfen, die Absichten und Ziele des Regierungsrates, seine Einschätzung zu den Haftungsrisiken, die Immobilienstrategie und das Reporting insbesondere gegenüber der Oberaufsicht zu klären. Die ABG erwartet vom Regierungsrat, seinen Verzicht auf eine Eigentümerstrategie für die Hochschulen in der nächsten Legislatur zu überprüfen. Der Kantonsrat hat auch bei der ZFH auf einstimmigen Antrag der ABG den Jahresbericht 2017 mit 162 Stimmen genehmigt.

### SVP-FRAKTIONSERKLÄRUNG IM KANTONS RAT

## Generalstreik von 1918 – Grosse Opfer in schwieriger Zeit

Vor hundert Jahren endete der Erste Weltkrieg, der rund um unser Land tobte und auch vom Schweizer Volk grosse Opfer abforderte. Der Landesgeneralstreik, der im Anschluss daran in der Schweiz stattfand, war eine direkte Folge dieser Kriegs- und Mangeljahre und stellte neben dem Weltkrieg an sich wohl die grösste Zerreissprobe für unseren Bundesstaat dar.



**Daniel Wäfler**  
Kantonsrat SVP  
Gossau

Vonseiten der SVP-Fraktion möchten wir daran erinnern, dass alle Bevölkerungsgruppen ihre Opfer gebracht haben, um die Neutralität der Schweiz während der Kriegsjahre zu bewahren und insbesondere der 3000 Soldaten zu gedenken, die während ihres Aktivdienstes verstorben sind. Diese Verluste haben Familien ins Elend gestürzt und viel Leid verursacht, doch die Armee hat mit ihren Soldaten und der Unterstützung von deren zivilen Umfeld ihren Auftrag erfüllt. Das ganz grosse Leid konnte von unseren Grenzen ferngehalten werden und die direkte Demokratie überstand den Weltkrieg unbeschadet und ging sogar gestärkt durch das schon bald eingeführte Proporzwahlrecht in die Nachkriegsjahre.

### Freiheit verteidigen

Dazwischen war aber noch der bereits erwähnte Landesgeneralstreik, der aufgrund der Vernunft aufseiten der Sozialdemokratischen Führung einerseits und des Bundesrates und der Armee andererseits sehr glimpflich und als Grundlage für spätere Kompromisse zwischen den verschiedenen Lagern endete. Die Schweiz ist heute ein moderner Sozialstaat und verdankt dies allen politischen Kräften. Eine Diktatur des Proletariats oder auch eine Nazi-Herrschaft ging glücklicherweise an uns vorbei und die Freiheit und das Wohl der Bürgerinnen und Bürger konnten abgesehen von den Toten des Lan-

desgeneralstreiks immer friedlich ausgebaut werden.

### Grosse Bewährungsprobe

In diesem Zusammenhang möchte die SVP auch daran erinnern, dass ein Teil der Revolutionäre von damals, wie beispielsweise Robert Grimm, zwanzig Jahre später durchaus den Wert der Armee wiedererkannten und im Kampf gegen den Nationalsozialismus wieder mit den Bauern und Bürgerlichen zusammenfanden. Bereits 1936 stand die SP wieder für eine bewaffnete Landesverteidigung ein und die grosse Bewäh-

rungsprobe des Zweiten Weltkrieges überstanden Arbeiter und Bürgerliche mehrheitlich in Eintracht. Die Lehre aus den Ereignissen vor hundert Jahren ist einerseits die nicht gelungene Spaltung des Schweizer Volkes durch innere und äussere Einflüsse und das Festhalten an der Freiheit und der Ausbau der Demokratie. Der Armee und der Vernunft gilt dabei der grösste Dank in dieser bewegten Zeit. Vergessen wir dies nicht in unserer heutigen, vermeintlich so friedlichen Zeit. Steht doch in der Bundeshauskuppel geschrieben: Alle für einen, einer für alle.

### KANDIDATENTAGUNG VOM 10. NOVEMBER 2018 IN WALLISELLEN

## So gewinnen wir die Wahlen

An der gut besuchten Kandidatentagung trafen sich bisherige Kantonsräte, neu Kandidierende und Mitglieder der Wahlkommissionen aus den Bezirken zum Startschuss für die Kantonsratswahlen im Frühjahr 2019.

rs. Ein hochkarätiges Referententeam gab den Kandidatinnen und Kandidaten das notwendige Rüstzeug für ihren Wahlkampf mit auf den Weg. Der Parteipräsident Konrad Langhart und Alt Nationalrat Christoph Mörgele, Präsi-

dent der SVP-Programmkommission, erläuterten die Themenschwerpunkte, mit welchen die SVP die Wahlen bestreiten wird. Unter dem Motto «So gewinnen wir die Wahlen» gab Nationalrat Alfred Heer, Präsident der Wahl-

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Asylzahlen: Warum problemlose Zahlen nicht problemlos veröffentlicht werden



**Matthias Hauser**  
Kantonsrat SVP  
Gemeindepräsident  
Hüntwangen

Im Umfang von 0,7 Prozent der Wohnbevölkerung sollten Gemeinden im Kanton Zürich Asylsuchende aufnehmen. Erfüllt Ihre Gemeinde diese Quote? Leben bei Ihnen zu viel oder zu wenig Asylsuchende? Darüber erhalten Sie keine Auskunft!

Aufgetaucht ist diese Heimlichtuerei eher zufällig: Eine Gemeinde überschritt dank Geburten die Aufnahmequote und bemühte sich (vergeblich), für Asylanten eine Wohnung zu mieten.

Durch Kontakt zwischen Gemeindeverwaltungen kam dann zufällig eine grössere Gemeinde zum Vorschein, die unterbelegte Asylzentren betreibt, weil sie zu wenig Asylsuchende zur Erfüllung der Quote hat: Für diese Gemeinde sind das Liegenschaftskosten ohne Bundesbeiträge, die es pro Asylsuchenden gibt. Das Zügeln war kein Problem und im Interesse beider Gemeinden.

So weit, so gut, Problem gelöst. Störend einzig, dass diese Lösung zufällig zustande kam.

Eine Übersicht, welche Gemeinde wie unter- oder überbelegt ist, gibt es zwar, denn das kantonale Sozialamt weist Asylsuchende zu und ist daher jederzeit auf dem Laufenden – doch die Zahlen sind nicht öffentlich.

Die Anfrage, die ich deshalb einreichte, brachte Verstörendes ans Licht: Der Kanton, so war zu lesen, habe mit dem Gemeindepräsidentenverband (GPV) vereinbart, dass nur dieser die Zahlen sehe. Wie bitte?

Der Kanton verhandelt mit einem Verband, der nicht von der Bevölkerung mandatiert ist, über die Veröffentlichung von Zahlen, die für die Kontrolle der Arbeit unserer Exekutiven wichtig sind? Die helfen, Lösungen zu finden, wie geschildert? Natürlich wurden die Zahlen nicht mitgeliefert in der Antwort. Die SVP-, EDU- und BDP-Fraktionen verlangen deshalb mit einem Postulat reinen Tisch.

Weiter kam an den Tag: Auch im GPV selbst werden die Zahlen nicht weitergegeben: Lediglich die zwei Vizepräsidenten begutachten die Liste einmal pro Jahr, der linkssoziale Bülacher EVP-Stadtpräsident Mark Eberle und FDP-Kantonsrat Martin Farner (Präsident Asylorganisation Bezirk Andelfingen, Gemeindepräsident von Oberstammheim). Wie Eberle persönlich erklärte, habe der GPV einst volle Transparenz verlangt, die heutige Situation sei ein Kompromiss. Wenn dem so wäre, müss-

te der GPV ja froh sein über den Druck aus dem Rat und die beiden Parteien sollten das Postulat unterstützen. Mitnichten: SVP, EDU und BDP blieben allein: 60 Stimmen waren nötig, nur knapp, mit 63, wurde es für dringlich erklärt.

Warum nur?

Nun, da wäre die offizielle Argumentation: Die Zahlen seien immer nur eine Momentaufnahme und daher nicht geeignet zur Beurteilung einer Situation. Das stimmt (übrigens für die meisten Zahlen) und deshalb verlangte meine Anfrage ja die Zahlen «2016, 2017 und aktuell». Zudem, wenn es darum geht, dass sich Gemeinden im gegenseitigen Interesse finden, reicht die Momentaufnahme.

Dann die EVP-GLP-Argumentation: Diese Zahlen bringen die Gemeinden gegeneinander auf. Stellen sich die Herren Kantonsräte einen Krieg zwischen Gemeinden vor?

Das Einzige, was passieren wird, ist, dass man miteinander Gespräche führen muss: Einwohner, welche die Anzahl Asylsuchenden der eigenen Gemeinde hinterfragen, und Behörden, die begründen müssen.

Behörden, die andere Behörden um Unterstützung fragen. Was ist an solchen Gesprächen schlecht?

Dann die linke Argumentation: «Bei der Asylpolitik gehe es um Schicksale, nicht um Zahlen».

Und die CVP-Argumentation: «Die SVP macht nur Wahlkampf, die Zahlen sind schon seit Jahren nicht bekannt, und niemanden hat es bislang gestört.»

Und die FDP: «Dass der GPV die Zahlen kennt, sei genügend und die Zahlen sind problemlos.» Vorgetragen von Martin Farner, der immerhin seine Interessensbindung mit bekannt gab.

In Wirklichkeit geht es wohl um zwei andere Dinge: Der Kanton weiss, dass viele Gemeinden unterbelegt sind. Würde dies bekannt, müsste und könnte der Kanton die Betreuungsquote der Gemeinden, die einst von 0,5 auf 0,7 erhöht wurde, wieder senken.

Erst recht mit dem neuen Asylverfahren ab Januar 2019, welches mehr Asylsuchende in Bundesasylzentren belässt. Eine hohe Quote für die Gemeinden erleichtert die Arbeit der kantonalen Verwaltung, dass Gemeinden dafür Liegenschaften halten müssen, ist ihr egal.

Und die Gemeindepräsidenten Farner und Eberle sind wohl ganz einfach froh, kommen ihre eigenen Zahlen nicht im Vergleich zu anderen zutage. So muss man sich keiner Kritik stellen, die könnte ja unangenehm ausfallen, insbesondere wenn man, wie Bülach, gerade ein neues Asylzentrum baut. Ganz nach dem Motto: «Le roi est infébril und le roi c'est moi.»



Die Kandidatinnen und Kandidaten bekamen das Rüstzeug für die Wahlen.

kommission, die Ziele vor. Dem Kanton Zürich geht es heute nur dank der staatstragenden Arbeit der SVP und der bürgerlichen Mehrheit in Regierung und Parlament so gut. Um diese Politik konsequent weiterführen zu können, müssen die Mehrheitsverhältnisse bei den Kantons- und Regierungswahlen gefestigt werden. Der Schlüssel hierzu ist die Mobilisierung unserer Wählerinnen und Wähler. Den Kandidierenden steht ein umfangreiches Manual für den persönlichen Wahlkampf zur Verfügung. Alexander Segert, Werber der GOAL AG, stellte die geplanten Werbemittel und Massnahmen vor.

### Mit neuen und bewährten Mitteln zum Erfolg

Die SVP wird in Ergänzung zur klassischen Wahlkampfwerbung aber auch

neue Wege beschreiten. So wird der Social-Media-Wahlkampf stark ausgebaut. Die Möglichkeiten, welche sich in diesem Bereich eröffnen, präsentierte Thomas Gemperle, Inhaber der Firma openbyte, welcher unter anderem die Online-Kampagnen der SVP Schweiz umsetzt. Desweiteren wird die SVP die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler mit einer breit angelegten Telefonaktion und gezieltem Haustürwahlkampf sicherstellen. Abgerundet wurde die Tagung mit einem Referat von Roger Bachmann. Er gab den Kandidierenden Tipps und Tricks mit auf den Weg, welche letztendlich zu seiner Wahl zum Stadtpräsidenten von Dietikon geführt haben.

Am 15. Dezember 2018 organisiert die SVP des Kantons Zürich eine weitere Tagung für die Kantonsratskandidaten, an der das neue Parteiprogramm 2019–2023 präsentiert und geschult wird.